

Denkschrift der Kommunistischen Partei Österreichs hinsichtlich des EG-Beitritt Österreichs (1988)

Legende: Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) veröffentlicht im Jahre 1988 eine Broschüre, in der sie die Gefahren aufzeigt, die Österreich im Fall eines Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) drohen.

Quelle: EG-Anschluß - nein. KPÖ für Österreich. Denkschrift. Wien: KPÖ, 1989. 8 S.

Urheberrecht: (c) Bundesvorstand der KPÖ

URL:

http://www.cvce.eu/obj/denkschrift_der_kommunistischen_partei_osterreichs_hinsichtlich_des_eg_beitritt_osterreichs_1988-de-7e7e8587-8c06-40e2-b83e-ae70e03c9eb9.html

Publication date: 06/09/2012

EG-Anschluß Nein. KPÖ für Österreich, Denkschrift des Zentralkomitees der KPÖ vom Frühjahr 1988

Denkschrift

Vorbemerkung

Die Regierung steuert einen offensiven Kurs des Anschlusses an die EG. Die FPÖ, der ORF, die großen Tageszeitungen und die Unternehmervertretungen geben einheitlich propagandistischen Flankenschutz. Ihren Stellungnahmen ist gemeinsam, daß sie die wirtschaftlichen und politischen Gefahren sowie die Bedrohung für Österreichs Neutralität und nationale Unabhängigkeit aus der Diskussion ausblenden. Der EG-Anschluß wird von ihnen als unbedingtes Muß hingestellt.

Das Zentralkomitee der KPÖ hat am 27. Februar alle Gesichtspunkte, die gegen den EG-Anschluß sprechen, in der vorliegenden Denkschrift zusammengefaßt. Es hat sich dabei auch herausgestellt, daß das zentrale Argument der Anschlußbefürworter, daß es nämlich keine Alternative zu ihrem Kurs gäbe, nicht stichhaltig ist. Im Gegenteil: Es gibt einen österreichischen Weg!

Mit dieser Denkschrift wenden wir uns an die breite Öffentlichkeit mit dem Aufruf:

Vereinigen wir unsere Kräfte über gesellschaftliche, politische und weltanschauliche Unterschiede hinweg für die Verteidigung der Selbständigkeit Österreichs!

Zentralkomitee der KPÖ
Frühjahr 1988

Die unabhängige Entwicklung Österreichs nach dem 2. Weltkrieg ist undenkbar ohne Verstaatlichung der Großbanken und der Grundstoffindustrie, die umfangreichen Wirtschaftsbeziehungen mit den RGW-Ländern, ist vor allem undenkbar ohne Staatsvertrag und immerwährender Neutralität. Darauf ist Österreich, ist unsere nationale Selbständigkeit gegründet. Wir sind ohne EG-Mitgliedschaft nicht in der Neutralität „verhungert“, wie dies die EG-„Anschließer“ in den fünfziger und sechziger Jahren prophezeiten. Ganz im Gegenteil. Gerade die Nichtmitgliedschaft hat eine ökonomische und soziale Entwicklung ermöglicht, die im Vergleich zur EG unübersehbare Vorzüge aufwies. Um diesen „**österreichischen Weg**“ wurden wir von vielen beneidet. Mit unserer auf der Neutralität beruhenden Außenpolitik haben wir uns international hohes Ansehen erworben. Mit ihrer EG-Orientierung nimmt die Regierung einen grundlegenden Kurswechsel vor.

Regierung setzt Unabhängigkeit Österreichs aufs Spiel

Die österreichische Regierung schließt eine EG-Mitgliedschaft nicht aus und bereitet diese mit der vollen Teilnahme am Binnenmarkt sowie einem „*intensiven Dialog*“ mit der „*Europäischen Politischen Zusammenarbeit*“ vor. Die Regierung täuscht den Österreichern vor, ein EG-Beitritt sei „*unter Bedachtnahme auf die Erfordernisse der immerwährenden Neutralität*“ möglich. Damit verwirft sie die Neutralitätsauffassung früherer Regierungen, die auch von einer ökonomischen Absicherung der Neutralität ausgingen und deshalb besonders auf das Recht bestanden, eine unabhängige Wirtschaftspolitik nach außen betreiben zu können. Die neutralen EFTA-Länder Schweiz, Schweden und Finnland lehnen weiter eine EG-Mitgliedschaft grundsätzlich ab.

Regierung verschweigt EG-Ziel „Europäische Union“

Die EG-Mitgliedsstaaten bekennen sich in einem Vertragswerk — der „*Einheitlichen Europäischen Akte*“ — zu einer politischen Union. In Artikel I heißt es dort: „*Die Europäischen Gemeinschaften und die Europäische Politische Zusammenarbeit verfolgen das Ziel, gemeinsam zu konkreten Fortschritten auf dem Wege der Europäischen Union beizutragen.*“ Im Rahmen der „*Europäischen Politischen Zusammenarbeit*“

verpflichten sich die EG-Mitgliedsländer weiters zu einer engeren Zusammenarbeit in Fragen der „europäischen Sicherheit“. Obwohl sich die „Einheitliche Europäische Akte“ auf politische und ökonomische (also auch Rüstungs-) Aspekte der „Sicherheitspolitik“ beschränkt, gibt es deutliche Bestrebungen zur Bildung einer westeuropäischen Verteidigungsunion. Heute ist daher mehr denn je eine EG-Mitgliedschaft aus Neutralitätspolitischen Gründen auszuschließen. Auch ein „intensiver Dialog“ Österreichs mit der „Europäischen Politischen Zusammenarbeit“, der auf eine stillschweigende Teilnahme Österreichs am Aufbau einer gemeinsamen EG-Außenpolitik hinausläuft, ist mit der Neutralität unseres Landes unvereinbar.

Regierung will den Staatsvertrag vergessen

Neutralität und Staatsvertrag sind unauflöslich miteinander verbunden. Die Regierung verschweigt den Staatsvertrag, dessen Artikel 4 eine politische und wirtschaftliche Vereinigung Österreichs mit Deutschland verbietet. Dieser im Verfassungsrang stehende und eine völkerrechtliche Verpflichtung darstellende Artikel 4 verpflichtet Österreich, „**keine wie immer geartete politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland einzugehen**“ und keinerlei Handlungen zu setzen und Maßnahmen zu treffen, die „**unmittelbar oder mittelbar eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland**“ fördern oder „**seine territoriale Unversehrtheit oder politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit**“ beeinträchtigen.

Unverantwortlich hoch ist bereits heute die ökonomische Verflechtung mit der BRD. Die einseitige Abhängigkeit Österreichs würde sich durch die EG zwangsläufig erhöhen. Die Entwicklungsbedingungen für die österreichische Nation kämen in Gefahr. Aus der Vergangenheit lernen, das muß gerade 50 Jahre nach der Annexion Österreichs durch Hitlerdeutschland heißen: **Die Grundlagen unserer Unabhängigkeit — Staatsvertrag und Neutralität in ihrer unauflösbaren Verbindung — dürfen nicht preisgegeben werden.**

Davon muß auch die Haltung Österreichs zu den EG-Bestrebungen, bis 1992 den Binnenmarkt zu vollenden und in ihn die EFTA-Länder einzubinden, bestimmt sein.

Volle Teilnahme am Binnenmarkt ist mit Staatsvertrag und Neutralität unvereinbar

Die Zollunion und die „vier Freiheiten“ des EG-Binnenmarkts — im Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr — nehmen Österreich gerade jene „Freiheiten“, die entscheidend für die wirtschaftliche Absicherung der Unabhängigkeit sind:

- Die Möglichkeit, **selbständig Außenwirtschaftsbeziehungen** mit Nicht-EG-Ländern zu gestalten, vor allem Handelsverträge abzuschließen. Dies würde unsere Vorteile im Osthandel beseitigen. Möglichkeiten des Ausbaus der Wirtschaftsbeziehungen zu den Entwicklungsländern verbauen.
- Die Möglichkeit der **Devisenkontrolle**, des Schutzes unserer Währung vor Destabilisierung und Spekulation.
- Die Möglichkeit der Kontrolle beziehungsweise Einschränkung der **Tätigkeit ausländischer Banken** in Österreich, der Ansiedlung **ausländischer Unternehmen**.

Volle Teilnahme am Binnenmarkt heißt weiter:

- „**Freizügigkeit der Arbeitskräfte**“, mit der noch mehr Fachkräfte aus Österreich abwandern und der Arbeitsmarkt unkontrollierbar würde.
- Teilnahme am EG-Agrarmarkt und damit **Ruin zahlreicher kleiner und mittlerer Bauern**, Überschwemmung des Marktes mit der EG-Überschußproduktion.
- Teilnahme an der EG-Verkehrspolitik, die bezüglich Österreich das vorrangige Ziel hat, möglichst

kostenlos unsere Transitwege — Straße und Schiene — zu schlechteren EG-Bedingungen (z. B. höhere Lkw-Tonnage) zu benutzen.

- Dort, wo EG-Bestimmungen — etwa im Lebensmittelgesetz, beim Arbeitsschutz — schlechter sind als die österreichischen, wird es zu einem starken Druck zur Angleichung nach „unten“ kommen.
- Österreich müßte in den EG-Haushalt mehr einzahlen als es herausbekommt.

EG ist weniger Demokratie

Ein Aufgehen in der EG würde zur **Beseitigung** zahlreicher österreichischer Besonderheiten, etwa **des Mieterschutzes**, beitragen.

Als Mitglied oder auch nur als Teil des Binnenmarktes müßten wir zahlreiche **Souveränitätsrechte** an die EG-Organen übertragen. Vieles würde dann in Brüssel entschieden, was heute im nationalen Rahmen beschlossen wird. In den meisten Fragen könnten wir überstimmt werden. Und in der EG haben die großen Länder das Sagen. Vor allem die Gewerkschaften und Interessenvertretungen der Bauern, der kleinen und mittleren Unternehmer sollten erkennen, daß dadurch ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten, ihre demokratischen Rechte stark eingeschränkt würden. Auch für den Föderalismus wäre in der EG nicht mehr viel Platz.

Ausverkauf bedroht Lebensfähigkeit

Scharf zurückzuweisen sind Stimmen, die vor einer Katastrophe warnen, sollten wir nicht am EG-Binnenmarkt teilnehmen. Das erinnert an die Theorie der Lebensunfähigkeit unseres Landes, untergräbt das nationale Selbstbewußtsein der Österreicher und bedeutet eine ernsthafte Gefahr für die österreichische Nation.

Nicht zu leugnen sind die Probleme, die uns die EG mit ihrer Binnenmarktkonzeption schafft. Dies stellt tatsächlich neue Anforderungen an Österreich.

Mit der seit einigen Jahren verfolgten Wirtschaftspolitik verspielen wir unser bestes „Kapital“ für die Bewältigung der neuen Aufgaben. Schrumpfung, Zerschlagung, (Re-)Privatisierung der direkt und indirekt verstaatlichten Industrie, der Ausverkauf unserer Wirtschaft und die Vernachlässigung der Forschung und Entwicklung auf der einen Seite, die Ansiedlung und Förderung ausländischer Konzerne andererseits schränken unseren Handlungsspielraum bedenklich ein, untergraben die ökonomische Grundlage der Unabhängigkeit unseres Landes. Österreichs Industrie wird zur verlängerten Werkbank, zum Zulieferanhängsel ausländischer, besonders westdeutscher Konzerne.

Vertreter dieser ausländischen Konzerne sind es, die vehement die EG-Mitgliedschaft Österreichs verlangen. Gleichzeitig machen sie Investitionen und Produktion in Österreich von weiteren Steuergeschenken, vom Abbau der Sozialleistungen, von Lohnkürzungen, flexiblen Arbeitszeiten abhängig. Die Regierung kommt diesen Erpressungen nach und gibt offen zu, dies diene der EG-Annäherung. Auf diese unsoziale Weise sollen wir also „europareif“ gemacht werden.

EG-Euphorie ist unverantwortlich

In Widerspruch zu diesen Konsequenzen des EG-Kurses steht jene EG-Euphorie, die in der österreichischen Öffentlichkeit von Massenmedien und Politikern verbreitet wird.

Ein wahres Preis- und Steuerparadies, ein „dynamischer Markt“ von 320 Millionen wird versprochen. Von jener EG, die selbst in einer **tiefen Agrar- und Finanzkrise** steckt, sollen wir die Lösung unserer Probleme erwarten! In der EG gibt es weder ein einheitliches Preis- noch ein einheitliches Lohnniveau, die angestrebte Angleichung bei den Steuern gilt lediglich für die indirekten. Während eine „Harmonisierung“, also Vereinheitlichung, von der EG weder bei den Löhnen noch bei den Preisen gegeben oder zu erwarten ist,

würde sie für eine „Harmonisierung“ der österreichischen Arbeitslosenrate mit jener der EG sorgen. Sie ist mehr als doppelt so hoch wie die österreichische. Nicht bestritten wird, daß zahlreiche kleinere und mittlere Unternehmen in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft die EG entweder nicht er- oder überleben könnten, der österreichische Binnenmarkt mit noch mehr ausländischen Waren überschwemmt würde.

Inländische Großunternehmen verraten Österreich

Österreichische Großunternehmen liegen mit den ausländischen Konzernen vielfach auf einer Linie: Sie sind bereit, die nationale Unabhängigkeit zu opfern, zu verraten, um auf Kosten der österreichischen Arbeiter, Angestellten, öffentlich Bediensteten, Bauern, Klein- und Mittelunternehmern ein Stückchen Binnenmarkt von Gnaden der EG-Konzerne zu erhaschen. Auch sie gehen inzwischen so weit, mit einer Produktionsverlagerung aus Österreich zu drohen, sollten wir außerhalb des Binnenmarktes bleiben. Viele von ihnen sind bereit, Nachteile in Kauf zu nehmen, weil sie sich von der EG und ihren Konzernen eine Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses zu ihren Gunsten, insbesondere eine Schwächung der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, erwarten. Die Industriellenvereinigung als Vertretung dieser ausländischen Konzerne und österreichischen Großunternehmen ist daher jene gesellschaftliche Kraft in Österreich, die ohne Rücksicht auf Neutralität und Staatsvertrag am stärksten auf eine EG-Mitgliedschaft drängt.

Verzicht auf Unabhängigkeit löst Probleme nicht

Aus der Internationalisierung des Wirtschaftslebens ist keinesfalls die Überholtheit der Sicherung der Unabhängigkeit als Zielsetzung abzuleiten. Gerade die enge internationale Verflechtung erfordert eine neue Art der Lösung der Probleme, nämlich gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen den Staaten, mit der EG — und nicht einseitige Abhängigkeiten oder Verzicht auf Unabhängigkeit. Also geht es darum, **Gleichberechtigung** und **Nichtdiskriminierung** in den internationalen Beziehungen durchzusetzen, bestehende Diskriminierungen abzubauen — heißen sie nun COCOM oder Exportbeschränkung bei Stahl durch die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Als neutrales und selbständiges Land kann Österreich dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Mit einem Aufgehen Österreichs in der EG — womöglich als westdeutsches oder bayrisches Anhängsel — würden dagegen jene Kräfte gestärkt, die aus der EG ein **neues politisch-militärisches Machtzentrum** machen möchten, die auch kein Interesse an gleichberechtigten internationalen Beziehungen haben. Und das in einer Zeit, in der Abrüstung und Sicherung des Friedens so dringend erforderlich sind!

KPÖ-Vorschläge für Österreichs Unabhängigkeit

Wir rufen daher alle, denen die österreichische Unabhängigkeit, die Selbständigkeit unseres Landes, die österreichische Nation nicht gleichgültig sind, alle jene, die durch den EG-Kurs der Regierung unmittelbar betroffen oder gar in ihrer Existenz bedroht sind, auf:

Überlegen wir gemeinsam, wie wir unter den neuen Bedingungen unsere Selbständigkeit behaupten können, die die Voraussetzung für die Verwirklichung eines österreichischen Weges im Interesse der großen Mehrheit des österreichischen Volkes ist.

Unsere Vorschläge dazu sind:

- Streben wir Verhandlungen, Vereinbarungen und eine Zusammenarbeit mit der EG an, die die Grundlagen unseres Staates — Staatsvertrag und Neutralität — nicht gefährden.

Das heißt: keine politische Bindung, Recht auf unabhängige Wirtschaftspolitik gegenüber Drittstaaten, gleichberechtigte Stellung in gemeinsamen Institutionen (wie derzeit in den gemischten Ausschüssen), keine generelle Teilnahme an den „Vier Freizügigkeiten“, Recht auf Kündigung der Vereinbarungen.

- Streben wir zusammen mit den anderen neutralen EFTA-Ländern Beziehungen zur EG an, die den

neutralen Status garantieren. Lassen wir uns in der EFTA nicht länger auf eine Spalterfunktion ein.

- Die EG ist nicht Europa. Setzen wir uns im Rahmen der KSZE und der Europäischen Wirtschaftskommission der UNO (ECE) für eine gesamteuropäische Zusammenarbeit ein, für industrielle Kooperation und gemeinsame wissenschaftlich-technische Lösungen.
- Reagieren wir auf Diskriminierungs- und Erpressungsversuche der EG mit offensivem Vorgehen, Selbstbewußtsein, Vertrauen und Nutzung der eigenen Möglichkeiten zur Durchsetzung von gleichberechtigten Beziehungen mit der EG, statt zu kapitulieren.

Voraussetzung für eine Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Grundlage ist jedoch, nicht noch mehr österreichische Positionen aufzugeben — in Industrie, Handel, in anderen Wirtschaftsbereichen und am Binnenmarkt.

- Bauen wir die Verstaatlichte aus! Nur so ist das Vordringen der ausländischen Konzerne und der Ausverkauf Österreichs zu verhindern.
- Sichern wir eine eigene Grundstoffindustrie im Rahmen der Verstaatlichten und entwickeln wir auf ihrer Grundlage neue hochwertige Finalproduktionen.
- Nutzen wir das in Österreich vorhandene Fachwissen für unsere eigene Industrie. Forschung und Entwicklung müssen einen wesentlich höheren Stellenwert, die Universitäten mehr Mittel bekommen.
- Vernachlässigen wir nicht weiter den Binnenmarkt: Begegnen wir dem Vordringen ausländischer Konsumgüter mit Einfallsreichtum und Innovation — besonders in der Landwirtschaft — und drängen wir die ausländischen Handelskonzerne zurück.
- Sichern wir die Massenkaufkraft durch ein öffentliches Beschäftigungsprogramm und überlassen wir nicht weiter ganze Regionen der Verödung.
- Gehen wir ab von der einseitigen EG-Orientierung im Handel. Bauen wir die Wirtschaftsbeziehungen mit den sozialistischen und Entwicklungsländern aus.

Werden wir auf diese Weise „europareif“ — und nicht mit Lohnkürzungen, Sozialabbau, Belastungspaketen, steigender Arbeitslosigkeit. Lösen wir unsere Probleme selbst — die EG wird sie lediglich vergrößern.

Den EG-Kurs der Regierung verhindern!

Wir wollen weiter ein selbständiges Land bleiben. Die Koalition bereitet durch ihre Politik, insbesondere mit der Zerschlagung der Verstaatlichten und dem Sozialabbau, schrittweise einen EG-Beitritt vor.

Das Eintreten für die Verstaatlichte, für die Sicherung sozialer und demokratischer Rechte und eine aktive Neutralitäts- und Friedenspolitik unseres Landes steht in enger Verbindung mit der Ablehnung des EG-Beitritts.

Es liegt an den arbeitenden Menschen und Pensionisten, den Intellektuellen, Bauern und Gewerbetreibenden, an allen patriotischen Österreichern und Österreicherinnen, durch gemeinsame Aktivitäten den EG-Anschluß zu verhindern. Vereinigen wir unsere Kräfte über gesellschaftliche, politische und weltanschauliche Unterschiede hinweg für die Verteidigung der Selbständigkeit Österreichs. Viel von dem Ansehen, das wir in der Welt erworben haben, muß heute schon zurückgewonnen werden.

Das ist nur möglich, wenn wir an unsere Lebensfähigkeit glauben und die dafür nötigen wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen erhalten und ausbauen.

NEIN ZUM EG-ANSCHLUSS!

NEIN ZUR PREISGABE VON UNABHÄNGIGKEIT UND NEUTRALITÄT!

JA ZUR INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT!

JA ZU ÖSTERREICH!